



II— 1436 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr

Pr.Zl. 5.906/30-I/1-1972 zu 615/A.B. 715/J. Wien, am 9. August 1972

Präs. am 21. Aug. 1972

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Frauscher und Genossen, Nr. 715/J-NR/1972 vom 9. Juli 1972, betreffend besondere Berücksichtigung der Probleme der Umwelthygiene bei der Ausbildung und Schulung des einschlägigen Personals von Bahn und Post.

Zu obiger Anfrage erlaube ich mir folgendes mitzuteilen:

Zu Punkt 1:

Im Rahmen der Ausbildung der Bahn- und Postbediensteten wurden von jeher auch Probleme des Umweltschutzes-, wenn auch nicht immer unter diesem Namen, behandelt. Die Vorschriften über den sachgemäßen Umgang mit Betriebseinrichtungen enthalten in der Regel auch Anweisungen über die Vermeidung von Verschmutzungen der Umwelt.

Scit dem Beginn des Jahres 1972 wird insbesondere im Bereich der Bahn diesen Problemen erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet und auch einzelne Detailprobleme, wie z.B. Leckwerden von Kesselwagen, Wasserschutz auf Bahngrund, Beseitigung von Abfallstoffen zum Zwecke der Erlassung genereller Richtlinien eingehend erörtert. In diesem Zusammenhang wurden auch entsprechende Einsatzpläne zur

- 2 -

Beseitigung von Umweltschäden ausgearbeitet. In der Schulung der Bediensteten wird auf die Ergebnisse und Erfahrungen, die im Zusammenhang mit der Vermeidung von Umweltschäden auch laufend Bedacht genommen.

Die Vollziehung des Post- und Fernmeldedienstes bringt im wesentlichen keine Gefährdung der Umwelthygiene mit sich. Nur die im Postdienst eingesetzten Kraftfahrzeuge könnten unter Umständen durch nicht richtig eingestellte Motoren bzw. durch unnützes Leerlaufenlassen des Motors oder mangels Schaltfreudigkeit des Lenkers eine Umweltverschmutzung durch übermäßige Rauch- bzw. Abgasentwicklung verursachen. Durch entsprechende Schulung und wiederkehrende Belehrungen werden jedoch die Kraftwagenlenker und Mechaniker der Post und der Bahn zur Vermeidung von derartigen Umweltschäden verhalten.

Im übrigen war die Herausgabe der "Vorschrift zur Verhütung von Unfällen im Fernmeldebau- und Betriebsdienst" (Unfallverhütungsvorschrift) Anlaß, die mit der Schulung und Ausbildung des Personals zuständigen Referenten im besonderen auf die Belange des Umweltschutzes hinzuweisen.

Zu Punkt 2:

Wie ich schon zu Frage 1) festgestellt habe, wird im Rahmen der Ausbildung und Schulung der Bediensteten der Bahn und Post laufend auf die Notwendigkeit des Umweltschutzes hingewiesen.

Als zusätzliche Maßnahme wurde bei der Bahn erst vor kurzem eine Aktion "Reinhaltung der Bahnanlagen und Fahrbetriebsmittel" durchgeführt. Während dieser Aktion wurden die Bediensteten im besonderen auf die Vermeidung von umweltschädigenden Verschmutzungen hingewiesen.

Bei der Post- und Telegraphenverwaltung wurde die Stundenanzahl für die Vorbereitung auf den Prüfungsgegenstand

- 3 -

"Unfallverhütung", welcher unter anderem auch Umweltschutzprobleme behandelt, im Jahre 1971, und zwar je nach Art des Lehrkurses, auf 10 - 16 Unterrichtsstunden pro Kurs erhöht.

Zu Punkt 3:

Durch die Schulung auf Belange des Umweltschutzes konnten z.B. im Eisenbahnverkehr schädliche Auswirkungen von Unfällen auf die Reinhaltung der Umwelt weitgehend vermieden werden. Was die Tätigkeit der Post- und Telegraphenverwaltung anbelangt, liegen überhaupt keine Klagen der Öffentlichkeit über eine Umweltverschmutzung vor.

Abschließend darf ich darauf hinweisen, daß zur Vermeidung von negativen Umweltbeeinflussungen durch störenden Lärm entsprechende Vorschriften für die Luftfahrt, für die Schifffahrt und den Bahnverkehr erlassen wurden und ihre Einhaltung auch immer wieder überprüft wird. Außerdem werden bei Auftragsvergaben die Firmen verpflichtet, schallgedämpfte Maschinen und Geräte (z.B. bei Preßluftbohrern) zum Einsatz zu bringen. Die Post- und Telegraphenverwaltung hat darüber hinaus verfügt, daß lärmeregende Arbeiten in Fremdenverkehrsarten während der Hauptsaison überhaupt zu unterbleiben haben.

Die Post- und Telegraphenverwaltung verfolgt alle Bemühungen um die Entwicklung eines sogenannten Elektromobils. Da die deutsche Autoindustrie (Volkswagenwerk) ein solches Fahrzeug bereits entwickelt hat und 10 bis 20 Exemplare davon herstellt, hat die Generalpostdirektion wegen Lieferung eines Probefahrzeuges zu Beginn des kommenden Jahres mit der Erzeugerfirma bereits Kontakt aufgenommen.

Der Bundesminister:

